

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Erich Wolfram MdB verurteilt die bayerische Grenzsperrung gegen österreichische Demonstranten: Ein schwerer Schlag gegen ein freies Europa.

Seite 1

Heinz Putzrath kommentiert das Wirken der Deutschland-Stiftung und den Zuspruch, den sie zu ihrem 20jährigen Bestehen erhielt: Die hässlichen Deutschen.

Seite 3

Beate Weber MdEP resümiert ein verbraucherpolitisches Hearing in Brüssel: Die Lücken im Lebensmittelrecht der EG schließen.

Seite 5

41. Jahrgang / 120

30. Juni 1986

Ein schwerer Schlag gegen ein freies Europa

Bundeskanzler Kohl sollte sich bei seinem österreichischen Amtskollegen für die bayerische Grenzsperrung entschuldigen

Von Erich Wolfram MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe

Es ist ein Skandal, wie der bayerische Innenminister Hillermeier mit dem Recht auf friedliche Demonstrationen und den freien Grenzverkehr umgeht.

Die von ihm am Wochenende verhängte Grenzsperrung gegenüber österreichischen Staatsbürgern, die an der Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf teilnehmen wollten, mag vielleicht juristisch zu begründen sein, sie ist aber ein schwerer Schlag gegen ein freies Europa.

Unser Nachbar Österreich, dessen Bundesregierung und alle friedliebenden Menschen sind zu Recht empört über die Willkürmaßnahme der bayerischen Staatsregierung.

Es ist beschämend, wie die selbstherrliche CSU mit ihren eigenen österreichischen Parteifreunden aus dem Grenzgebiet umgeht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleger: Erich Wolfram
mit dem Namen Erich Wolfram
Registrierungsnummer



Der österreichischen Außenminister Dr. Jankowitsch hat verständlicherweise protestiert und die Entscheidung von Innenminister Hillermeier scharf kritisiert.

Dem guten deutsch-österreichischen Verhältnis wurde ein schlechter Dienst erwiesen.

Bundeskanzler Kohl, der sich ja sogar in den österreichischen Bundespräsidentenwahlkampf eingeschaltet hatte, wäre gut beraten, sich schnellstens beim österreichischen Bundeskanzler Dr. Vranitzky zu entschuldigen.

Es wäre ein Rückfall in längst vergangene Zeiten, wenn Länderregierungen Grenzübergänge sperren könnten, nur weil ihnen die politische Meinung von Grenzgängern nicht paßt.

Meine Hoffnung ist, daß Österreich nicht pauschal diesen bayerischen Alleingang auf alle Deutschen übertrag.

Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls betroffen von dieser antidemokratischen Haltung der bayerischen Staatsregierung. Mit unseren österreichischen Freunden protestieren wir gegen diese Grenzsperr, die hoffentlich ein einmaliger Vorgang bleibt.

(-/30.6.1986/vo-he/rs)

* * *



Die hässlichen Deutschen

Begleichwünscht von Kohl und Strauß feierte die Deutschland-Stiftung
ihr 20jähriges Bestehen

Von Heinz Putzrath
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

1958 erschien in den USA ein Buch, das in kürzester Zeit zum Bestseller wurde. Es hieß „Der häßliche Amerikaner“. In diesem auf Tatsachen beruhenden Roman wurde geschildert, wie sich Amerikaner im Zwielficht der Diplomatie in Asien politisch betätigten. Seitdem ist der Titel dieses Buches zu einem festen Bestandteil im Sprachgebrauch geworden, nicht nur in den USA.

Daran wird man erinnert, wenn man die Deutschland-Stiftung, ihre Akteure, Sympathisanten und politischen Förderer betrachtet. Die politischen Aussagen, die durch diese Stiftung vermittelt werden, legen zu Recht die Bezeichnung nahe, daß es sich hier um „die hässlichen Deutschen“ handelt. Sie haben aus der Geschichte unseres Volkes den Sprachgebrauch der deutschnationalen Bewegung übernommen, der jeden Liberalen schon in die Nähe der Kommunisten rückt. Wie oft betont, sind die Grenzen zwischen erzkonservativen Auffassungen und den Ewiggestrigen, den rechten Chauvinisten, durchaus fließend.

Am 28. Juni feierte die Deutschland-Stiftung ihr 20jähriges Bestehen und verlieh die Konrad-Adenauer-Preise 1986. Stilgerecht wurde die Veranstaltung vom Kammerorchester des Heeresmusikkorps 10 aus Ulm musikalisch umrahmt. Niemand sollte glauben, daß es sich hier um eine unbedeutende Veranstaltung am rechten Rand der CDU/CSU handelt. Nein, nicht nur wurde die Festrede von Max Adenauer, Oberstadtdirektor a.D., gehalten, auch der Bundeskanzler ließ es sich nicht nehmen, seine Verbundenheit durch eine Grußbotschaft zu bekunden. Und der bayerische Ministerpräsident schließlich war persönlich erschienen, um zu gratulieren.

Zu den Hauptakteuren der Deutschland-Stiftung gehören der Gründer und Herausgeber des „Deutschland-Magazins“, Kurt Ziesel, und der Publizist Gerhard Löwenthal, Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Daß Löwenthal die CDU/CSU zu liberal, zu kompromißbereit und zu weich gegenüber ihren politischen Gegnern im Innern und vermeintlichen im Ausland empfindet, daraus macht er weder in seinen Fernsehergüssen noch in sonstigen öffentlichen Äußerungen einen Hehl.

Wer Kurt Ziesel ist, muß wieder ins Gedächtnis gerufen werden. So schrieb Ziesel 1939 in der „Reichsbühne“: „Ein gesunder Rasseninstinkt bewahrt die Litauer vor jedem blutmäßigen Einfall der Juden in ihr Volk.“ Das paßt gut zu der peinlichen Unverfrorenheit, daß der Bundeskanzler bei seinem letzten Besuch in Israel Ziesel in seinem Flugzeug mitfliegen ließ. Ebenso wundert es kaum noch, daß Landwirtschaftsminister Kiechle Ziesel zum 75. Geburtstag bescheinigte: „Nie sind Sie von Ihren Prinzipien abgewichen.“



Im Gegensatz zu Bundeskanzler Ludwig Erhard, der es 1965 ablehnte, Kurt Ziesel zu empfangen und zu Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger, der 1968 eine Einladung der Deutschland-Stiftung ausschlug, ist Ziesel für Bundeskanzler Kohl ein ehrungswürdiger Zeitgenosse. So schrieb ihm der Bundeskanzler: „Ihr angeborener, ungestümer Sinn für Gerechtigkeit sowie eine ebenso entwickelte Abscheu vor Heuchelei hat Sie zu einem konservativen Neokonformisten gemacht...“. Da die Verdrängung der Vergangenheit, mindestens soweit sie die Nazizeit betrifft, ein Lebenselixier des Bundeskanzlers ist, hat er vielleicht vergessen, welche Gesinnung Herrn Ziesel „angeboren“ zu sein scheint. So fühlte er sich berufen, am 6. August 1943 seine damalige Köchin wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ anzuzeigen, weil „diese Gesinnung, die für ein Konzentrationslager reif ist“, eine „exemplarische Strafe“ erfordere.

Über die Männer und Frauen, die am 20. Juli 1944 den verzweifelten Versuch machten, Hitlers Regime durch ein Attentat zu beseitigen, hat sich Bundeskanzler Kohl bei entsprechenden Festveranstaltungen positiv und anerkennend geäußert. Kurt Ziesel sah das anders. Er schrieb am 3. September 1944 im „Völkischen Beobachter“: „An welchen Abgrund menschlicher Verworfenheit oder geistiger Umnachtung müssen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie wider den Geist des ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben... jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden.“

Man könnte auf solche Zitate verzichten, wenn es seitens der Bundesminister der CDU/CSU nur eine Spur von Distanzierung von Ziesel gegeben hätte. Das Gegenteil ist der Fall. „Dank und Anerkennung für ihr literarisches und journalistisches Schaffen über fünf Jahrzehnte“, heißt es im Glückwunsch vom Staatsminister im Bundeskanzleramt, Dr. Wolfgang Schäuble. Hier wird nichts ausgespart. „Sage mir, mit wem Du umgehst und ich werde Dir sagen, wer Du bist“, lautet ein altes Sprichwort...

(-/30.6.1986/va-he/rs)

* * *

Die Lücken im Lebensmittelrecht der EG schließen

Ein Hearing in Brüssel unterbreitete Anregungen und Forderungen

Von Beate Weber MdEP
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheitspolitik und Verbraucherfragen
des Europäischen Parlaments

Die Anhörung über „Die Lücken im gemeinschaftlichen Lebensmittelrecht“ hat wesentliche Hinweise für unsere künftige Arbeit gegeben:

1. Das Vertrauen der Bürger in ihre Lebensmittel ist aus verschiedenen Gründen nachhaltig gestört: Lebensmittelskandale wie die Hormone im Kalbfleisch, Bruteilverarbeitung in Nudeln, Glykol-Zusatz im Wein, Methanolvergiftung durch Wein, Ölvergiftung in Spanien haben die Menschen verunsichert, was sich in allen Umfragen zeigt. Nach Tschernobyl wurde die Sorge noch verstärkt durch die widersprüchlichsten Angaben auch von Experten über Strahlenwerte in Lebensmitteln und ihre Schädlichkeit.

Dies führte insgesamt zur Sorge, ob zugelassene, erlaubte Stoffe und die Zusammensetzung von Lebensmitteln nicht doch schädlich sind auch in ihren kumulativen oder synergistischen Wirkungen. Außerdem fragt man sich, ob die Kontrollen ausreichen, um Mißbräuche zu verhindern. Die Schwäche des Systems und seine Lücken werden immer deutlicher.

2. Die Diskussion um die Vollendung des Binnenmarktes birgt besonders im Lebensmittelrecht einige Gefahr. Das Harmonisierungsprogramm wurde schon 1969 beschlossen, 1973 fortgeschrieben und führte zu bisher 14 Richtlinien, die in der Zwischenzeit zimal geändert wurden. Die ursprüngliche Zuweisung des Kommissionsvorschlags zum Lebensmittelrecht (KOM (85) 603 eng. vom 8. November 1985) an den Ausschuß für Wirtschaft und Währung zeigt die mögliche Gefahr einer vorrangigen Beachtung der Wirtschafts-, das heißt der Anbieterinteressen vor Gesundheits-, Verbraucher- und Umwelt-, das heißt Käuferinteressen. Die erwünschte Vollendung des Binnenmarktes darf nicht heißen: Angleichung der Rechtsvorschriften auf dem niedrigsten, den Wirtschaftsaustausch am wenigsten behindernden Niveau!

Es muß vielmehr heißen: Die Harmonisierung ist erwünscht, um die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern; das Recht des Verbrauchers auf Gesundheit muß gewährleistet, die Lauterkeit des Wettbewerbs muß erhalten, beziehungsweise erst geschaffen werden. Es sind politische, nicht nur technische Entscheidungen, die bei der Zulassung neuer Zusatzstoffe oder der Bestrahlung getroffen werden, oder die zu einer Verbesserung von Etikettierung oder Kontrolle führen.

3. Die Vorbereitungen zu dieser Anhörung haben gezeigt, daß selbst die grundlegendsten Voraussetzungen für eine effektive Arbeit nicht gegeben sind: Es gibt keine zusammenfassende Darstellung der allein in der EG existierenden Vorschriften, geschweige eine vergleichende über die Situation in den Mitgliedstaaten. Schon in der Bundesrepublik existieren über 200 Gesetze, Verordnungen und Ausführungsrichtlinien! Für Verbraucher und Produzenten ist aber die genaue Kenntnis des bestehenden Lebensmittelrechts Voraussetzung für verantwortungsbewußte Entscheidungen!

4. Eine Fülle von Entscheidungen der EG beeinflußt die Qualität der Lebensmittel, die in der Anhörung nicht alle behandelt werden konnten, die hier nur kurz erwähnt werden sollen:

- Die Festlegung von Handelsklassen, die keinerlei Information über Rückstandarmut, Wertstoffe, Geschmack, über Qualität geben.
- Die Vermeidung von Belastungen der Umwelt: Luft, Wasser, Boden, die indirekt auf die Lebensmittel einwirken.



- Die Einflußnahme auf Verpackungsmaterialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen.
- Die Änderung des Verbraucherverhaltens durch Förderung der Information und Beteiligung oder durch Schulungsprojekte, die eine veränderte Nachfrage zur Folge haben.
- Die Änderung der Agrarpolitik zu einer umwelt- und verbraucherfreundlichen Produktion und anderes.

5. Der Ausschuß hat vier Themenbereiche ausgewählt, die ihm besonders wichtig erschienen und zu denen Richtlinienvorschläge entweder schon vorliegen oder demnächst erwartet werden:

a) Verwendung von Zusatzstoffen

Hier ist eine Beschränkung dringend notwendig bei gleichzeitiger Umkehr der Beweislast; das heißt wer die Zulassung eines neuen Zusatzstoffes beantragt, muß dessen Unschädlichkeit nachweisen. Die technische Notwendigkeit für den Produktionsprozeß oder das fragwürdige Haltbarmachen eines Produktes über lange Fristen darf nicht das Kriterium für die Zulassung sein.

b) Bestrahlung von Lebensmitteln

Wegen der möglichen Täuschungen über die tatsächliche Qualität des Produkts, die zusätzlichen Risiken durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen, der fehlenden Kontrollmöglichkeit und der noch nicht bewiesenen gesundheitlichen Unbedenklichkeit müssen wir die Bestrahlung ablehnen, obwohl sie bereits in einigen EG-Mitgliedsländern und vor allem Drittländern praktiziert wird.

c) Etikettierung

Ein umfassende Etikettierung schützt zwar noch nicht vor falscher Entscheidung, ist aber unabdingbare Voraussetzung für die richtige Wahl des Verbrauchers. Das kann gesundheitliche Gründe haben (Allergien, Hyperreaktionen) oder ein besonderes Qualitätsbewußtsein ausdrücken. Die „mündige“ Entscheidung für richtige Ernährung ist nur möglich, wenn man zum Beispiel weiß, wieviel Zucker sich in Säften und wieviel Fett sich in der Wurst befindet.

d) Kontrolle

Die Aufhebung von Kontrollen an den Binnengrenzen darf erst dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, daß in den Ländern eine vergleichbare Anzahl von Kontrollen vergleichbarer Qualität vorgenommen werden; gegenwärtig erfolgt die höchste Zahl der Kontrollen in den Niederlanden. Möglicherweise muß durch Rechtshilfe der Zugriff in ein anderes Land ermöglicht werden. Das System muß so effektiv werden, daß es präventiv wirkt und nicht erst nach Skandalen auf den Plan tritt.

6. Zusammenfassung

Die Anhörung hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucheraspekte vorrangig in die Lebensmittelrechtsdebatte einfließen. Beratende Ausschüsse, die aus für den Bürger nicht kontrollierbaren Mitgliedern bestehen, dürfen keine Entscheidungen treffen - diese müssen den parlamentarischen Vertretern vorbehalten bleiben, selbst wenn sie noch so technisch aussehen. Die politische Brisanz der bevorstehenden Entscheidungen ist in dieser Anhörung überdeutlich geworden.

(-/30.6.1986/va-he/rs)

* * *

